

Ökumenische Manöverkritik nach Nairobi

Ein halbes Jahr nach der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi und wenige Monate vor der Tagung des neugewählten Zentralausschusses Mitte August in Genf, wo die Arbeit der Vollversammlung durch die endgültige Festlegung der Programmrichtlinien recht eigentlich erst abgeschlossen werden soll, hat der Generalsekretär des ÖRK, *Philip Potter*, eine zusammenfassende Bewertung der Konferenz gewissermaßen im „Rückspiegel“ veröffentlicht (vgl. Evangelische Kommentare, Mai 1976). Wie schon damals in Nairobi charakterisiert Potter die gegenwärtige Situation der Ökumene als einen „Weg durch die Wüste“. Er spricht von den „harten Realitäten unserer Welt und unserer Kirchen“, die die Erfüllung großer Erwartungen immer noch verhindern, weist aber die Versuchung zur Resignation zurück: „Wir waren und sind fähig, zusammenzubleiben, zusammenzustehen und auch zusammen zu leiden, weil wir in der Wüste eine gemeinsame Hoffnung haben, eine Hoffnung, die sich im Handeln äußert.“ Vier Schwerpunkte haben sich nach Potter in der Arbeit der Vollversammlung abgezeichnet: die *christozentrische Ausrichtung*, die der Grund dafür gewesen sei, daß es kaum wirklich trennende Konflikte gegeben habe; die *Weigerung, Glauben und Handeln voneinander zu trennen* („Wir bekennen Jesus Christus im Handeln, und unser Handeln ist ein Ausdruck unseres Glaubens und muß als solcher erkennbar werden“); die – wenn auch zögernde – *Bereitschaft, sich den Herausforderungen der kommenden Jahre zu stellen* (in Fragen von Theologie und Spiritualität ebenso wie in Sachen Politik, Gesellschaft, Ökologie); die *Betonung der Rolle der Gemeinde bzw. der Ortskirche* für die ökumenische Bewegung. Für die weitere Arbeit sei unabdingbar, „daß wir lernen, globale Strategien und die vor Ort empfundenen Bedürfnisse untereinander zu vermitteln“, und „daß wir der Versuchung widerstehen, das Volk Gottes in Lager und Parteien aufspalten zu lassen“.

Wohllollen seitens der EKD

Diese beiden Desiderate Potters stehen unausgesprochen auch hinter dem „Wort des Rates der EKD zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Nairobi“ (epd-Dokumentation 10a/76). Diese bereits im Februar verabschiedete umfangreiche Stellungnahme der EKD sieht in der Konferenz von Nairobi eine „ökumenische Ermutigung“. Es habe sich gezeigt, „daß im Ökumenischen Rat eine Gemeinschaft von Kirchen entstanden ist, in der tiefgreifende Gegensätze und Spannungen kraft der uns alle verpflichtenden Christusliebe offen besprochen und ausgehalten werden können“. Die „gegenseitige kritische Befragung nach dem Verständnis des biblischen Zeugnisses und das Eingeständnis eigenen Versagens vor den anderen“ hätten zu einer „Festigung der ökumenischen Gemeinschaft“ beigetragen. Als weitere positive Daten werden der geistliche und gottesdienstliche Charakter der Vollversammlung sowie die „Gemeindenähe“ genannt, die hoffen lasse, daß die ökumenische Bewegung in Zukunft den Gemeinden noch näher gebracht werden könne.

In der Perspektive der drei in Nairobi formulierten allgemeinen Ziele der weiteren Arbeit (Verwirklichung wahrhaft ökumenischer Gemeinschaft, Bekennen des Glaubens in der heutigen Zeit, Kampf um wahre Menschlichkeit) werden *Ergebnisse der Vollversammlung* gewürdigt und einige Aufgaben skizziert. Es wird bestätigt – worin sich bereits die Berichterstattung aus Nairobi einig war (vgl. HK, Februar 1976, S. 93ff) –, daß „der im letzten Jahrzehnt zurückgetretene oder aber im Sinne gesellschaftspolitischer Veränderung interpretierte evangelistisch-missionarische Auftrag wieder an Eindeutigkeit, Profil und Gewicht“ gewonnen habe. „Forderungen nach einer klareren biblisch-theologischen Grundlegung im Reden und Handeln des Ökumenischen Ra-

tes sind in Nairobi weitgehend zur Geltung gekommen.“ Die „*Unteilbarkeit der Mission*“ als Auftrag zur Weltevangelisation und Verpflichtung zu sozialer Weltverantwortung sei in Nairobi nachdrücklich betont worden. Was das politische Zeugnis betrifft, so sei die in Uppsala 1968 noch herrschende Überzeugung, die Ökumene könne einen raschen und entscheidenden Beitrag zur Schaffung einer gerechteren Weltordnung leisten, „in Nairobi einer nüchternen, selbstkritischen Einschätzung des eigenen Vermögens gewichen“ – was aber kein Nachlassen im Eintreten für Gerechtigkeit und Versöhnung in der Welt nach sich ziehen dürfe. In diesem Zusammenhang wird der in Nairobi geprägte Terminus von der „kämpferischen Spiritualität“ gewürdigt, der die Forderung beinhaltet, „das geistliche Leben des Christen und sein Engagement in den Spannungsfeldern der Welt... zu einer geistlichen Weise des Kampfes um Freiheit und Gemeinschaft zu verbinden“.

Auf dem Hintergrund dieser Ergebnisse von Nairobi formuliert der Text sich daraus ergebende *Aufgabenstellungen für die Arbeit der EKD* und ihrer Gliedkirchen. Wegen der Notwendigkeit eines gemeinsamen Christuszeugnisses ergeht die Aufforderung, den „evangelistisch-missionarischen Auftrag wo immer möglich zusammen mit den anderen christlichen Kirchen in unserem Land“ wahrzunehmen, den Begriff der „konziliaren Gemeinschaft“ theoretisch und praktisch zu erproben und konkrete Schritte ins Auge zu fassen, die sich aus den bisher erreichten Lehrübereinstimmungen ergeben. Im Sinne der „Abwehr eines unbiblischen Synkretismus“ wird empfohlen, im Dialog mit Andersdenkenden, „den zentralen Gehalt der christlichen Verkündigung immer neu in Klarheit zur Geltung zu bringen“. Natürlich wird auch die Beschäftigung mit dem Thema Menschenrechte, mit der Gleichberechtigung der Frau, mit dem Kampf gegen rassistische Diskriminierung und mit Bewußtseinsbildung zugunsten der Entwicklungsländer gefordert. Besonderen Nachdruck legt der Text auf die Berücksichtigung der „bewußt-

seinsbildenden Funktion christlicher Erziehung“, mit der man in Nairobi nicht recht weit kam. Angesichts des in Nairobi viel beklagten Mangels an Kommunikation zwischen der Genfer Zentrale und den Mitgliedskirchen wird die Verantwortung gerade auch der EKD dafür betont, daß „die wechselseitige Information über die beiderseitigen Anliegen und die gegenseitige Vermittlung von Anstößen zum ökumenischen Handeln besser gelingt“.

Kritik des Moskauer Patriarchats

Im Unterschied zu der zwar nicht enthusiastischen, aber grundsätzlich positiven Bewertung durch die EKD enthält die offizielle Stellungnahme des Heiligen Synod des Moskauer Patriarchats kritische Töne von teilweise nicht unbeträchtlicher Schärfe. Der Text, der teilweise bereits mehrfach von der Orthodoxie im ÖRK in anderem Zusammenhang vorgebrachte Anliegen wieder aufnimmt (vgl. HK, Mai 1974, 228 ff.), wurde Anfang März auf einer Sitzung des Heiligen Synod unter Vorsitz des Patriarchaten *Pimen* beschlossen und Generalsekretär *Potter* sowie dem Vorsitzenden des Zentralkomitees, dem kanadischen Erzbischof *Edward Scott*, als Brief zugeleitet (vgl. epd-Dokumentation 15a/76). In drei Schritten (1. Fragen der Einheit und des christlichen Zeugnisses; 2. Fragen des christlichen Engagements für das sozial-politische Leben; 3. Allgemeine Bemerkungen über die Arbeit der Vollversammlung) werden „allgemeine Eindrücke, einige Wünsche und kritische Bemerkungen“ vorgetragen.

Im theologisch-grundsätzlichen Teil wird der Weltkirchenkonferenz in Nairobi zunächst bestätigt, sie sei von den bisherigen Vollversammlungen des ÖRK am meisten „missionarisch“, d.h. auf den Evangelisations- und Zeugnisauftrag ausgerichtet gewesen. Einschränkend wird aber sofort hinzugefügt, *gemeinsames Zeugnis sei nicht möglich ohne Einheit im Glauben und in der Kirchenverfassung*. Es wird vor der Versuchung gewarnt, die gegebene Situation der Annäherung

bereits als ausreichend zu betrachten und deshalb das gemeinsame Zeugnis zu „forcieren“. Daß der ÖRK sich in einer der nächsten Vollversammlungen als das allchristliche Konzil erweisen könne, wird als Illusion abgewiesen. Tendenzen, den ÖRK als „Superkirche“ zu verstehen, werden scharf kritisiert, ebenso „verschleierte Überlegungen“ von einem besonderen „prophetischen Dienst“ des Genfer Stabes. Er sei nicht mehr als ein „Werkzeug im Dienst an den Kirchen und der ökumenischen Bewegung“. „Wenn die ökumenische Bewegung mit Gottes Hilfe eine solche Stufe im Glauben und in der Kirchenverfassung der Mitgliedskirchen erreichen wird, daß die eucharistische Gemeinschaft unter ihnen wiederhergestellt werden kann, wird der ÖRK seine Existenz einstellen müssen, da er seinen Dienst erfüllt hat, und die Kirchen werden selber die entsprechenden Organisationsformen ihrer katholischen Gemeinschaft finden.“ *Der ÖRK solle deshalb die Suche nach Einheit „zum Eckstein seiner Tätigkeit und seiner theologischen Studien machen“*. Diesbezüglich äußert der Synod Genugtuung darüber, daß die Beschreibung der sichtbaren Einheit als „katholische Gemeinschaft“ Eingang in das entsprechende Dokument der Vollversammlung gefunden hat. In diesem Rahmen sei es die Hauptaufgabe nicht nur der „Kommission für Glauben und Kirchenverfassung“, sondern des ÖRK, die Erweiterung und Vertiefung des Konsenses über Taufe, Eucharistie und Amt zu ermöglichen. Zu einer Frage aus diesem Komplex äußert sich der Synod in aller Deutlichkeit: die Orthodoxie könne sich – der „immerwährenden und allgemeinen Tradition“ verpflichtet – nicht mit der Befürwortung der Frauenordination durch die protestantische Mehrheit identifizieren. Begrüßt wird der Dialog mit nichtchristlichen Religionen und säkularen Weltanschauungen, solange er nicht zum Synkretismus führt. Irgendeine „Konvergenz des Christentums mit säkularen Ideologien“ sei ausgeschlossen.

Einige Unzufriedenheit wird über den „Stil“ der Vollversammlung geäußert. An den Gottesdiensten wird „eine

künstlich geschaffene Atmosphäre der Exaltation“ kritisiert, „die manche als Wirkung des Heiligen Geistes zu betrachten geneigt waren“, die für die Orthodoxie aber „Rückkehr zum unchristlichen religiösen Mystizismus“ sei. Dagegen habe es geradezu eine „Diskriminierung der alten liturgischen Praxis der Kirchen von katholischer Tradition“ gegeben. Die inhaltlich-theologischen Beiträge der Orthodoxie seien vielfach ignoriert worden, *die protestantische Mehrheit majorisiere nach wie vor die Orthodoxen*.

Ganz anders hatte sich ein bedeutender Vertreter der griechischen Orthodoxie, Metropolit *Meliton*, nach Abschluß der Vollversammlung geäußert, als er erklärte, *die Orthodoxen würden sich nach Nairobi endlich als Vollmitglieder des ÖRK fühlen* (vgl. HK, Februar 1976, S. 99). Dagegen vertrat der syrisch-orthodoxe Bischof *Gregorios*, unter seinem bürgerlichen Namen *Paul Verghese* ein langjähriger „Profi“ der ökumenischen Bewegung, in einer scharfen, stellenweise wohl überzogenen Kritik an Nairobi (vgl. Lutherische Monatshefte, April 1976, 208 ff.) die Ansicht, nicht nur die Gefangenschaft dem reichen Norden und dem weißen Westen gegenüber sowie die Gefangenschaft im Wortschwall (in der „Logorrhö“ – wie er es an einer Stelle nennt) sei unangefochten geblieben, sondern auch „die Gefangenschaft im Protestantismus“ habe sich nicht sichtbar verändert. Nicht uninteressant ist dabei freilich, daß *Gregorios* mit dem Moskauer Synod nicht nur das orthodoxe Bekenntnis, sondern auch das politische Vokabular teilt („die in diesem abscheulich unehrlichen Geist ‚christlicher Liebe‘ geführte ‚Kalte-Kriegs-Schlacht von Nairobi‘“): Auch bei ihm scheint also die Kritik nicht nur vom Bekenntnis, sondern auch von der politischen Option inspiriert zu sein.

Der wunde Punkt: die Menschenrechte

Natürlich wäre es ungerechtfertigt, der russisch-orthodoxen Kritik die Spitze dadurch abzubereiten, daß man ihr politische Motive unterstellt. Vielmehr werden diese kritischen Äußerungen

in Genf sehr ernst genommen werden müssen. Andererseits bleibt aber die Frage, ob das bekundete mangelnde „Heimatgefühl“ im Schoße des ÖRK in Nairobi nicht doch auch mit der für die Moskauer Kirchenmänner sehr heiklen Diskussion über die Menschenrechte in der UdSSR zusammenhängt. Die Zuspitzung der diesbezüglichen Äußerungen im Brief des Heiligen Synod läßt diese Vermutung jedenfalls zu.

Die Diskussion über die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere der Religionsfreiheit, in der Sowjetunion wird als *Versuch* der Vollversammlung klassifiziert, „die Sowjetunion zu kompromittieren“. „Auch die Eile, mit der das sogenannte ‚Schweigen‘ der Vollversammlung in Beziehung auf unser Land gebrochen wurde, und die unbrüderliche Atmosphäre, die dabei auf der Vollversammlung geschaffen wurde, haben uns tief verletzt.“ Es habe in Nairobi Versuche gegeben, „unser Vaterland vor der afrikanischen und globalen Öffentlichkeit zu diskreditieren und unseren Staat so vorzustellen, als sei die vollständige Entwicklung der Menschenrechte bei uns ausgeschlossen“. An dieser Stelle scheint implizit wenigstens zugegeben zu sein, daß es noch weiterer Entwicklungen zur Realisierung der Menschenrechte bedarf. Einigermaßen kühn angesichts der bisherigen Praxis des ÖRK ist die sich unmittelbar anschließende Aus-

sage: „Solche Voreingenommenheit gegen uns war besonders auffallend beim Vergleich mit der Besprechung der Menschenrechte in anderen Ländern.“ Daß der Anlaß für die Diskussion über die Verhältnisse in der Sowjetunion der Brief zweier auch in Spannungen mit der kirchlichen Autorität befindlichen Dissidenten war, nimmt die russische Stellungnahme besonders übel. Sie spricht von der *Tendenz*, „die Stimme der Russischen Orthodoxen Kirche durch die Meinung der kirchlichen Dissidenten zu ersetzen“. „Wir betrachten es als ein direktes oder indirektes Mißtrauen gegen die Hierarchie unserer Kirche oder als ein Bestreben, dieses Mißtrauen hervorzurufen.“ Dieser Aussage läßt der Moskauer Synod die unverhüllte Drohung folgen, „daß solche Kontakte, die einigermaßen prinzipielle Normen des Lebenswandels unserer Ortskirche untergraben oder ihre innere Einheit schwächen können, zur Schwächung unserer Zusammenarbeit mit dem Weltkirchenrat führen werden“.

In Sachen Menschenrechte vertritt die russische Orthodoxie also nach wie vor mit Vehemenz den Standpunkt der sowjetischen Regierung. Auch der Vorsitzende des Rates für religiöse Angelegenheiten beim Ministerrat der UdSSR, W. A. Kurojedow, griff in einem „Iswestija“-Aufsatz Philip Potter an, weil er die Verbreitung des „verleumderischen Briefes“ von Gleb Yakunin und Lev Regelson zugelassen

habe. Deren Aussagen bezeichnete er als „schmutzige Lügen“ (vgl. NZZ, 5. 5. 76). Bei aller Schwierigkeit der Situation der orthodoxen Hierarchie bleibt ihre Bereitschaft erstaunlich, der Regierung nicht nur die politischen Parolen, sondern auch die Darstellung der kirchlich-religiösen Situation nachzubeten. Was Religionsfreiheit in der UdSSR wirklich bedeutet, zeigt – noch vor allem konkreten Augenschein – bereits ein Blick auf die dortige Religionsgesetzgebung (vgl. HK, Juni 1976, 296 ff.).

Die Drohung ist freilich nicht das letzte Wort der Stellungnahme des Heiligen Synod. Sie schließt vielmehr mit der Anerkennung der Arbeit der Vollversammlung in Nairobi als „erfolgreich“, die Ergebnisse seien „von großer Bedeutung“. Trotz ihrer Ablehnung negativer Seiten der Vollversammlung schätzt die Russische Orthodoxe Kirche ihre Teilnahme in der ökumenischen Gemeinschaft des Weltkirchenrates sehr. Der Text endet mit den Worten der 1. Vollversammlung in Amsterdam: „Wir haben beschlossen, zusammenzubleiben.“ Vielleicht geben bereits die erste Konsultation über die Verwirklichung der Menschenrechte in den Signatarstaaten des Abkommens von Helsinki und die Arbeit des Zentralaussschusses im August wichtige Aufschlüsse über den derzeitigen Stand und die weitere Entwicklung der Gemeinsamkeit.

H. G. K.

Politische Entwicklungen

Eine Weltkonferenz der aufgeschobenen Probleme

Das Verhältnis von Industrie- und Entwicklungsländern nach UNCTAD IV

War die Skepsis vor Beginn der vierten Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD IV) im Mai in Nairobi schon groß, so steigerte sich das offensichtliche Gefühl des Unbehagens besonders in der Bundesrepublik nach Beendigung des Mammuttreffens fast schon zur tota-

len Ablehnung. Da sah man „die Axt an den freien Welthandel gelegt“ (FAZ, 14. 6. 76) und „des freien Marktes Grabgesang“ (Welt, 31. 5. 76) ebenso wie ein „tödliches Rezept“, bei dessen Verwirklichung „das Wohlstandsgefälle allenfalls dadurch nivelliert“ werde, daß es